

Perspektive Trump 2.0



Eine neue Ära der
transatlantischen Beziehungen

AUF EINEN BLICK

Die Wiederwahl von Donald Trump im Jahr 2024 markiert einen Wendepunkt in der globalen politischen Landschaft. Seine zweite Amtszeit bringt weitreichende Herausforderungen und neue Dynamiken mit sich, die nationale und internationale Ordnungen grundlegend beeinflussen werden. Der Sammelband beleuchtet die voraussichtlichen Auswirkungen und skizziert mögliche Veränderungen in zentralen Bereichen wie Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Technologie- und Entwicklungspolitik für Europa und insbesondere auch für Deutschland.

Trumps Politikstil, geprägt von transaktionalen Prinzipien, definiert das Verhältnis der USA zu Verbündeten und Gegnern neu und verfolgt veränderte geopolitische Prioritäten. Im Zentrum stehen dabei die Verschiebung der US-Ausrichtung hin zum Indopazifik und die Eskalation des Wettstreites mit China. Die Rolle der USA in globalen Krisenherden wie Israel, Taiwan und dem Nahen Osten bleibt bedeutend, während Lateinamerika und Afrika, aber auch Europa an Priorität verlieren dürften.

In Europa wird Trumps „America First“-Politik zu Spannungen führen. Handelsbeziehungen werden durch Kritik an den Handelsüberschüssen der EU und mögliche Strafzölle auf europäische Produkte belastet. Im Bereich der Verteidigung fordert Trump eine stärkere finanzielle Beteiligung europäischer NATO-Staaten. Zudem gibt es Spannungen aufgrund unterschiedlicher Ansätze in der digitalen Souveränität und Datenschutzregelungen.

Die wirtschaftliche Agenda der Trump-Administration bleibt auf nationale Interessen und Autarkie in Schlüsselindustrien fokussiert. Dies führt zu Herausforderungen für Deutschland und die EU durch verstärkte US-Zölle und Importbeschränkungen. Der Wettbewerb um technologische Führerschaft und geopolitische Spannungen mit China werden ebenfalls zunehmen.

Technologienationalismus und Protektionismus dürften unter Trump 2.0 weiter zunehmen. Es gibt jedoch auch Chancen zur Zusammenarbeit bei technologischen Standards und Innovationen, insbesondere im Bereich Quantencomputing. Im Bereich der Rohstoffe wird die strategische Sicherung und Verarbeitung kritischer Mineralien und Metalle für die US-Wirtschaft noch stärker unter sicherheitspolitischen und geoökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Dies erhöht den Druck auf deutsche Unternehmen, ihre Lieferketten US-konform auszurichten.

Die Trump-Administration 2.0 bringt einige Veränderungen mit sich, die Herausforderungen aber auch die Chance bieten, in Europa lang überfällige Prozesse, wie bspw. die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, einzuleiten.

INHALT

4	—	Vorwort	
6	—	Einleitung	
8	—	Außenpolitik	
		Außenpolitik mit anderen Mitteln	8
10	—	Europa	
		Trumpf oder Trump	10
		„Poles love me, and I love the Poles“	12
15	—	Wirtschaft	
		Trump’s Trade Game 2.0	15
		Zwischen Zöllen, Sanktionen und China-Dilemma	17
19	—	Technologie	
		Tech, Macht, Trump	19
21	—	Rohstoffe	
		Make Resource Security Great Again!?	21

24	—	Verteidigung	
		Alle Augen auf den Indopazifik	24
		Verteidigung im Bündnis	26
		„From Customer to Partner“	28
30	—	Cybersicherheit	
		Cybersicherheit und kritische Infrastruktur	30
32	—	Weltraum	
		„Make Space Great Again“	32
35	—	Klima	
		Das Klima und Donald Trump	35
37	—	Vereinte Nationen	
		Keine Zukunft für die Vereinten Nationen?	37
39	—	Entwicklungszusammenarbeit	
		Größter Geber USA und was jetzt?	39
42	—	Schlusswort	

VORWORT

Zwei Befunde ziehen sich durch viele der Beiträge dieses Sammelbands: Kennzeichen der Politik von US-Präsident Donald Trump sei, erstens, seine „transaktionale“ Herangehensweise. Und im Zentrum seines Handelns stünden, zweitens, die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist zweifellos richtig. Das Denken in Kategorien des „Geben und Nehmen“ – gerne auch quer über die verschiedensten Themenfelder hinweg – ist bei Donald Trump sicher besonders ausgeprägt zu beobachten. Und tatsächlich priorisiert seine Regierung US-Interessen besonders pointiert – insbesondere dann, wenn es um sehr unmittelbare und „zu Hause“ spürbare Vorteile geht.

Andererseits sind diese beiden Phänomene auch einfach Grundzüge internationaler Politik. Dass wir in Deutschland und Europa davon immer wieder überrascht sind, sagt wohl ähnlich viel über unsere außenpolitische Kultur wie über den Stil des US-Präsidenten. Andere Staaten, und bei Weitem nicht nur Autokratien, pflegen einen nüchterneren Umgang mit diesem Stil. So manchen behagt er sogar mehr als der moralisierende Duktus jener, die im Abgeben öffentlichkeitswirksamer Bekenntnisse den wichtigsten Inhalt von Außenpolitik sehen. Ein Austausch mit demokratischen Partnern, auch über Europa hinaus, könnte daher für Deutschland fruchtbar sein. Japan und Südkorea etwa sehen sich teilweise ähnlichen Herausforderungen durch Trumps Präsidentschaft ausgesetzt wie die Europäer. Indien hat mit der schnellen Rücknahme von illegal in den USA lebenden Staatsbürgern und zügiger Anpassung von Zöllen besonders proaktiv auf den Schaffensdrang des

US-Präsidenten zu Beginn seiner zweiten Amtszeit reagiert. Ein Austausch mit solchen Staaten könnte für uns aufschlussreich sein, um unsere eigene – klare, aber unaufgeregte – Linie gegenüber der neuen US-Regierung zu finden.

Und auf eine unaufgeregte Politik wird es ankommen. Dieser Sammelband macht deutlich: Es gibt Themenbereiche, in denen wir überschneidende Interessen mit den USA auch unter der neuen Regierung haben, etwa beim Thema Cyber- und Technologiesicherheit, gerade gegenüber China. Klar ist aber auch: Es wird genug Themen geben, bei denen die Positionen der USA und diejenigen Deutschlands und Europas nicht übereinstimmen werden. In diesen Fällen muss es darum gehen, die europäischen Interessen zu bündeln und in Konflikte so gut gerüstet wie möglich zu gehen. Dabei die eigenen Argumente klar vorzutragen, ist gut und richtig. Wir sollten uns allerdings nicht darauf verlassen, dass die US-Regierung ihre Positionen ändern wird, weil wir Europäer sie von unseren Idealen überzeugen oder ihr erklären, was ihre eigentlichen Interessen sind. Die einzige echte Gewähr dafür, deutsche und europäische Positionen zu verteidigen, ist unsere Fähigkeit, Dinge anzubieten, an denen die USA Interesse haben, oder glaubhafte Gegenmaßnahmen zu formulieren, – Stichwort Zölle.

Auch aus diesem Grund wird es unabdingbar sein, weiter und noch deutlich stärker in die militärische Verteidigungsfähigkeit Europas zu investieren und Kapazitäten aufzubauen. Je stärker wir hier werden, desto geringer ist die Gefahr, künftig bei für uns wichtigen Fragen in die Statistenrolle gedrängt zu

werden, wie es jetzt viele mit Blick auf die Zukunft der Ukraine befürchten. Und genauso wichtig ist es, der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft Vorrang einzuräumen. Denn das jetzige ungefähre wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Europa und Nordamerika droht zu unseren Ungunsten zu kippen, wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt und wir mit Blick auf Wachstum und Innovationen immer weiter abgehängt werden.

Wichtig wird in den kommenden Jahren zudem ein breiter Zugang in die amerikanische Politik sein, sowohl vertikal als auch horizontal. Die USA sind wie Deutschland ein dezentral organisierter Staat. Auf manchen Themenfeldern, bei denen die Kooperation

mit Washington schwieriger werden dürfte – etwa beim Klimaschutz –, sollten wir gezielt Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit einzelnen Bundesstaaten ausloten. Bereits existierende Gesprächskanäle mit beiden großen Parteien sollten wir pflegen und ausbauen: ein Punkt, bei dem nicht zuletzt die Konrad-Adenauer-Stiftung gut aufgestellt ist und einen Beitrag leisten kann.

*Caroline Kanter,
Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung
Europäische und Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

Donald Trump hebt seine Hand, während er darauf wartet, vom obersten Richter John Roberts als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt zu werden.



EINLEITUNG

Die Wiederwahl von Donald Trump im Jahr 2024 markiert einen Wendepunkt in der globalen politischen Landschaft. Seine zweite Amtszeit – oft als „Trump 2.0“ bezeichnet – bringt weitreichende Herausforderungen und neue Dynamiken mit sich, die die nationalen wie internationalen Ordnungen grundlegend beeinflussen werden.

Der vorliegende Sammelband beleuchtet aus unterschiedlichen Perspektiven die voraussichtlichen Auswirkungen und skizziert mögliche Veränderungen in zentralen Bereichen wie Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Technologie- und Entwicklungspolitik für Europa und insbesondere auch für Deutschland. Er nimmt gleichzeitig Themenbereiche wie Cybersicherheit, Rohstoffe und Weltraumpolitik, die bislang noch nicht im Mittelpunkt der Debatte stehen, in den Blick. Der Fokus liegt auf der Analyse der transaktionalen Prinzipien, die die Trump-Administration auszeichnen. Dieser Politikstil definiert nicht nur das Verhältnis der USA zu Verbündeten und Gegnern (neu), sondern verfolgt auch veränderte geopolitische Prioritäten.

Im Zentrum stehen dabei die Verschiebung der US-Ausrichtung hin zum Indopazifik, die Eskalation des Wettstreites mit China, die Rolle der USA in globalen Krisenherden und die damit einhergehende Herausforderung für Europa und Deutschland, eine strategische Eigenständigkeit zu entwickeln.

Die Beiträge der Expertinnen und Experten des „Arbeitskreis Junge Außenpolitik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung sind im November 2024 nach den Wahlen entstanden und Ergebnis eines Austauschs mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern von US-Think-Tanks sowie US-amerikanischen Entscheidungsträgern im Nachgang der US-Wahlen. Redaktionsschluss war am 20. Februar 2025. Sie decken ein breites Spektrum ab: von der Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik, Potenzialen der Rohstoffpolitik, Anforderungen an die europäische Rüstungsindustrie und Verteidigungsfähigkeit, über die Rolle der USA in der Ukraine und im Nahen Osten bis hin zur Zukunft der Vereinten Nationen.

Ziel des Bandes ist es, nicht nur die aktuelle Entwicklung zu dokumentieren, sondern auch Perspektiven aufzuzeigen und mögliche Handlungsoptionen für die Bundesregierung zu identifizieren.

Mit diesem Werk möchten wir ein besseres Verständnis für die Komplexität der neuen Präsidentschaft von Donald Trump fördern, zur informierten Debatte über die künftige Rolle der USA in der Welt beitragen und praktische Handlungsoptionen für deutsche Entscheidungsträgerinnen und -träger aufzeigen.



Ostfront des Kapitols der Vereinigten Staaten in Washington

Selbst wenn die Trump-Administration 2.0 für westliche Partner, Europa, die EU und Deutschland viele Veränderungen mit sich bringt, so kann sie auch beschleunigend oder ermöglichend wirken. In einigen Bereichen, in denen der letzte und zwingend erforderliche politische Wille für Veränderungen in den letzten Jahren fehlte, kann die Trump-Administration 2.0 eine Chance für neue Ansätze, künftige Bestrebungen und notwendige Anpassungen sein.

Wir hoffen, dass dieser Sammelband Orientierung im Umgang mit der neuen US-Regierung bieten und Impulse zur Politikgestaltung für ein nachhaltiges und gewinnbringendes transatlantisches Verhältnis setzen kann.

*Ferdinand Gehringer,
Leiter des Arbeitskreis Junge Außenpolitik,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

*Evelyn Gaiser,
Referentin Transatlantische Beziehungen,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

AUßENPOLITIK

Außenpolitik mit anderen Mitteln

Neue Prioritäten und Schwerpunkte unter Trump 2.0

Donald Trump hat ein klares Mandat seiner Wählerinnen und Wähler erhalten: Sie wollen, dass Amerika wieder mehr nach innen blickt. Die Priorisierung innenpolitischer Themen wie Migration und Reindustrialisierung hat unmittelbare Folgen für die Außenpolitik der Trump-Administration 2.0: Interessen und Ziele amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik werden stärker mit anderen Politikfeldern verschränkt und zur Verhandlungsmasse transaktionaler Partnerschaften. So dürfte der von Trump zur Allzweckwaffe erkorene „Zollhebel“ auch als Druckmittel zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele eine wichtige Rolle spielen. Dies wurde bereits in den ersten Wochen seiner Amtszeit deutlich, als er u. a. Kanada, Mexiko oder der EU mit Zöllen drohte.

Machte Trump für außenpolitische Verfehlungen seiner ersten Präsidentschaft falsche Berater und Bürokraten verantwortlich, werden sich Entscheidungsfindungsprozesse unter Trump 2.0 konsequenter an Loyalitäten und Pragmatismus orientieren: Bilaterale, persönliche Beziehungen treten an die Stelle bindender Allianzen, situative Entscheidungen an die Stelle außenpolitischer Traditionen und Konventionen.¹

Neben der transaktionalen Maxime wird der Systemkonflikt mit China zum dominierenden Faktor amerikanischer Außenpolitik. Die Rolle der USA in anderen Regionen wird sich dem Indopazifik als Hauptschauplatz geopolitischer Auseinandersetzung unterordnen.

Israel und Taiwan sind die einzigen Krisenherde, an denen Trump bereit sein wird, Amerikas Macht und Ressourcen voll in die Waagschale zu werfen. Der Nahe und Mittlere Osten wird auch deshalb für Trump interessant bleiben, da er den Fortbestand seines bislang wichtigsten außenpolitischen Erfolges – den Abschluss der Abraham Accords – gewahrt wissen will. Anderswo, insbesondere in der Ukraine, wird er im Sinne seiner Wählerschaft eine schnelle Lösung suchen.

Lateinamerika dürfte die Auswirkungen der neuen Administration besonders unmittelbar zu spüren bekommen. Die Beziehungen zum Nachbarkontinent könnten dabei auf einen nie dagewesenen Tiefpunkt sinken. Das trifft vor allem Mexiko, wo Trump Handel, Migration und Sicherheit simultan verhandeln

will. Mit dem kubanisch-stämmigen Marco Rubio zieht künftig ein Politiker die außenpolitischen Fäden, der Lateinamerika in den vergangenen Jahren wie kaum ein anderer in Washington im Blick hatte und eine härtere Embargopolitik gegenüber Kuba, Nicaragua und Venezuela durchsetzen wird.²

Afrika wird auf der Prioritätenliste weiter nach unten sinken. Schon in seiner ersten Amtszeit bereiste Trump den Kontinent kein einziges Mal. Die Ankündigung, das seit Jahrzehnten bestehende Freihandelsabkommen *African Growth and Opportunity Act* aufzukündigen, lässt auf weiter schwindendes Interesse schließen.

Trump wird die Länder des sogenannten Globalen Südens – in Afrika und Lateinamerika, aber auch Schwellenländer wie Indien – vor die Wahl stellen: Exklusive Beziehungen zu den USA nur gegen die Loslösung von China. Diese *Clear Choice-Initiative*

zur Eindämmung der globalen Expansion Chinas wird den Druck auf viele Staaten und ihr *Non- oder Multialignment* erhöhen und auch maßgeblich dafür sein, wie zweckdienlich Bündnisse und Allianzen erscheinen.³

Europäische Lösungen für europäische Probleme – das ist die Erwartungshaltung der Trump-Administration. Der Ruf nach *burden shifting* bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland und Europa den erwartbaren Rückzug der USA aus vielen Regionen kompensieren müssen. Die Verlagerung amerikanischer Prioritäten gen Asien geht unweigerlich mit einer steigenden Verantwortung Deutschlands als europäischer Führungsmacht für die eigene Nachbarschaft einher. Die Bilateralisierung der außenpolitischen Beziehungen wird auch die EU treffen – eine Chance für Deutschland, als Sprachrohr europäisch-abgestimmter Positionen zu fungieren.

Deutschland wird Prioritäten setzen müssen. Eine außenpolitische Führungsrolle sollte in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel dort beansprucht und verfolgt werden, wo es gilt, Interessen zu schützen und politische Ziele auch machbar scheinen – mit der Konzentration auf ausgewählte Länder und der Stärkung regionaler Allianzen. Der Fokus sollte dabei auf der Ukraine, Osteuropa sowie lediglich ausgewählten asiatischen und afrikanischen Ländern liegen. Das Credo sollte lauten: Lieber klare planvolle und strategische Partnerschaften aufbauen und pflegen, als eine größere Gemeinschaft von Staaten durch unnachhaltige Beziehungen versuchen an sich zu binden. Mehr denn je wird es auf die gemeinsame Positionierung und Koordination Europas ankommen, wofür Deutschland größere Verantwortung übernehmen muss.

-
- 1 GIGA Insights, „Nur ein Populist von vielen: Wie unberechenbar ist Trumps Außenpolitik?“, <https://www.giga-hamburg.de/de/presse/nur-ein-populist-von-vielen-wie-unberechenbar-ist-trumps-aussenpolitik>, (letzter Abruf 25.11.2024).
 - 2 Americas Quarterly, „What Marco Rubio Has Said About Latin America“, <https://americasquarterly.org/article/what-marco-rubio-has-said-about-latin-america/>, (letzter Abruf 12.11.2024).
 - 3 Internationale Politik, „Globaler Süden im Aufwind?“, <https://internationalepolitik.de/de/globaler-sueden-im-aufwind>, (letzter Abruf 12.11.2024).

EUROPA

Trumpf oder Trump

Einen und Siegen in Europa

Donald Trumps *America First*-Politik zielt darauf ab, US-Interessen vor multilaterale Kooperationen zu stellen. Unter Trump 1.0 ist die EU eher als wirtschaftlicher Konkurrent, denn als strategischer Partner betrachtet worden. Getreu dem Motto *divide and conquer* ist davon auszugehen, dass Trump auch in seiner zweiten Amtszeit bilateralen Beziehungen Vorrang geben wird, was es der EU erschweren wird, mit einer Stimme zu sprechen.

Zentrale Themen seiner Agenda mit Blick auf die EU sind:

Handelsbeziehungen: Trump kritisiert seit langem den Handelsüberschuss der EU – insbesondere Deutschlands – und hat in der Vergangenheit Strafzölle auf europäische Produkte wie Stahl, Aluminium und Autos angedroht.

Europäische Verteidigung: Trump fordert von den Mitgliedstaaten der EU, dass sie eigenständig und aus eigener Kraft die Sicherheit Europas und die Verteidigung gegen Russland gewährleisten. Auch einen möglichen Waffenstillstand im Ukrainekrieg sollen die Europäer selbst sichern. Eine deutlich stärkere Rolle europäischer NATO-Staaten an der kon-

ventionellen Verteidigung des eigenen Kontinents ist daher unerlässlich. Die transatlantische Sicherheitsarchitektur wird als ungleichgewichtig zugunsten Europas gewertet.

Technologie und Regulierung: Themen wie digitale Souveränität, Datenschutzregelungen oder KI-Regulierung der EU sowie EU-Strafen gegen US-amerikanische IT-Unternehmen werden von Trump als Benachteiligung bzw. Provokation gesehen. Gerade im Tech-Bereich und bei Digitalthemen wird die EU als Herausforderung und Konkurrenz betrachtet.

Die Verschärfung von Trumps Politik wird weitreichende Konsequenzen für die EU – u. a. für Wirtschaft, Verteidigung und Diplomatie haben.

Wirtschaftliche Spannungen: Strafzölle könnten die exportorientierte deutsche Wirtschaft, insbesondere von Autos und Maschinen, erheblich beeinträchtigen.

Sicherheitsrisiken: Ein Rückzug der USA aus der NATO stellt für Deutschland und Europa schon heute ein erhebliches Risiko dar.

Geopolitische Isolation: Trumps Skepsis gegenüber internationalen Organisationen könnte die EU dazu zwingen, verstärkt nach anderen Partnern zu suchen bzw. im Zweifel ohne die USA voranzugehen – sei es bei Klima, Handel oder Sicherheit.

Um auf die Herausforderungen einer zweiten Amtszeit Trumps vorbereitet zu sein, sollte Deutschland eine proaktive und koordinierte Strategie innerhalb der EU verfolgen. Es geht darum, Business Cases zu identifizieren, mit denen man in Verhandlungen mit Washington tritt, europäische Prioritäten und Maximalforderungen zu entwickeln sowie Persönlichkeiten zu identifizieren, die diese Verhandlungen bestreiten. Dabei sind drei Themenfelder für die Bundesregierung entscheidend:

Stärkung der europäischen Wirtschaft und Regionalisierung der Beziehungen: Deutschland sollte sich aktiv dafür einsetzen, die EU wirtschaftlich unabhängiger zu machen. Dies umfasst Investitionen in Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, Halbleiterproduktion, kritische Rohstoffe und erneuerbare Energien (strategische Energie-Unabhängigkeit). Gleichzeitig wird es hilfreich sein, gezielt US-Bundesstaaten, Städte und Wirtschaftsverbände einzubinden, die an guten Beziehungen zur EU interessiert sind. Themen wie Klimaschutz bieten mögliche Felder für Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene, selbst unter einer protektionistischen US-Regierung. Wenn Trump auf eine Bilateralisierung der Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten setzt, sollte Deutschland auf eine Regionalisierung der Beziehungen zu einzelnen US-Bundesstaaten bauen.

Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit: Deutschland muss innerhalb der EU die starke Säule der Verteidigung werden. Angesichts des militärischen Ungleichgewichts innerhalb der NATO zwischen EU-Staaten und den USA muss Deutschland seine Bevölkerung politisch darauf vorbereiten, in den nächsten Jahren eher drei Prozent oder 3,5 Prozent als zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Die Ausgaben müssen in den kommenden Jahren dann auch tatsächlich in dieser Größenordnung vorgenommen werden.

Die Trumpf-Karte der EU: Wenig andere Politikfelder der EU waren so erfolgreich wie die EU-Erweiterungspolitik. Die Ukraine, Moldau und die Staaten des Westbalkan haben in den vergangenen Jahren Fortschritte im Beitrittsprozess gemacht. Durch den russischen Überfall auf die Ukraine hat das Thema auch in Brüssel wieder an politischer Priorität gewonnen. Anders als im Falle der NATO-Erweiterung sind die USA in diesem Themenfeld zumindest formell nicht eingebunden. Die EU sollte mit der Ukraine eine Strategie entwickeln, wie über die Integration in den europäischen Binnenmarkt die EU-Erweiterung künftig schrittweise möglich wird.

„Poles love me, and I love the Poles“⁴

Deutschlands Handlungsspielräume in Ostmitteleuropa⁵

Für den US-Präsidenten Donald Trump gelten die ostmitteleuropäischen Länder als Hoffnungsträger, nicht nur aufgrund deren ideologischer Nähe bei Fragen u. a. zu Migration, Rechtsstaatlichkeit und Medien und deren guter persönlicher Beziehung zu Trump (z. B. des polnischen Präsidenten Andrzej Duda oder des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán), sondern vor allem aufgrund deren dynamischer Aufrüstung und damit ihres Beitrags zur gesamteuropäischen Sicherheit. Polen bildet dabei als größtes sowie wirtschaftlich und militärisch stärkstes ostmitteleuropäisches Land die Speerspitze⁶.

Donald Trump setzt in seiner Außenpolitik gegenüber Europa verstärkt auf bilaterale Partnerschaften, um Verhandlungserfolge schneller und einfacher zu erzielen. Diese Partnerschaften werden auf den bisherigen Errungenschaften bilateraler Zusammenarbeit aufbauen, z. B. der kürzlichen Eröffnung des US-Raketenstützpunktes zum Abfangen von ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen in Redzikowo, Polen. Eine Spaltung der EU durch die Bilateralisierung der US-Außenpolitik wird in Kauf genommen.

Zudem wird Donald Trump eine weitere Verlegung US-amerikanischer Truppen oder militärischer Infrastruktur aus Deutschland Richtung Osten befürworten. Dabei orientiert er sich an der wirksamen Abschreckungslogik zu Zeiten des Kalten Krieges, als militärische Kapazitäten deutlich näher an der Grenze des Ost-West-Konflikts stationiert wurden.

Nach Auffassung von Beobachtern versteht Donald Trump den Ukraine-Krieg inzwischen als militärischen Abnutzungskrieg, der vor allem China immer mehr in die Karten spielt und der deshalb mithilfe eines Waffenstillstandsabkommens so schnell wie möglich beendet werden muss. Er sieht die europäische Ukraine-Unterstützung kritisch, weil sie zu Lasten europäischer Verteidigungsfähigkeiten und damit des gesamten europäischen Abschreckungspotenzials geht.

Für die europäische Sicherheit und Abschreckung ist ein starkes Ostmitteleuropa entscheidend. Vor allem das Verhältnis zwischen Deutschland, Polen und Frankreich bildet das Rückgrat hierfür.

Vor diesem Hintergrund sind für die Bundesregierung folgende Handlungsoptionen in Ostmitteleuropa zur Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheit empfehlenswert:

Fort Trump 2.0: Personelle, finanzielle und materielle Unterstützung beim Aufbau von ständigen Militärbasen in Polen. Anknüpfungspunkt können ursprüngliche polnische Überlegungen zur ständigen US-Militärbasis Fort Trump aus dem Jahr 2018 und 2019 sein.

Deutsch-polnischer Verteidigungsmotor: Einrichtung und Unterstützung einer strukturierten und groß angelegten Rüstungskooperation mit Polen, die das Fundament der europäischen Selbstversorgung bildet. Europa wird schrittweise befähigt, für den Aufbau militärischer Kapazitäten langfristig selbst Sorge zu tragen. Das deutsch-polnische Verhältnis als sicherheitspolitische Schicksalsgemeinschaft für Europa wird dadurch mit Leben gefüllt.

Trump Wall in Europa: Vorschlag und Zusammenarbeit bei der Umsetzung eines länderübergreifenden Grenz- und Schutzzauns entlang der NATO-Außengrenzen von den baltischen Staaten über Polen und die Slowakei bis nach Ungarn oder sogar Rumänien. Damit werden die Abschreckung sowie die Widerstandsfähigkeit auch gegen hybride Kriegsführung (z. B. illegale Migration) gestärkt.

4 Donald Trump im Interview für Telewizja Republika am 7. Oktober 2024, <https://www.youtube.com/watch?v=Qlf3fGQwpfg>, (letzter Abruf 24.11.2024).

5 Zu Ostmitteleuropa (Eastern and Central Europe) werden die Länder Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen hinzugezählt.

6 Für eine umfassende Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen in der Außen- und Sicherheitspolitik aus jüngster Zeitgeschichte vgl. insbesondere Hildebrand, Markus, Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Außen- und Sicherheitspolitik 2007–2015. Eine zeitgeschichtliche Analyse, Paderborn 2024.



US-Präsident Donald J. Trump (rechts) und der polnische Präsident Andrzej Duda (links) geben am 24. Juni 2020 eine gemeinsame Pressekonferenz im Rosengarten des Weißen Hauses in Washington, D.C., USA.

WIRTSCHAFT

Trump's Trade Game 2.0

Gewinner und Verlierer

In Donald Trumps zweiter Amtszeit bleibt der *America First*-Ansatz zentral, der sich durch ein transaktionales Politikverständnis auszeichnet, Handelspolitik als Nullsummenspiel versteht und auf bilaterale Handelsabkommen setzt. Ziel der republikanischen Agenda ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der USA zu stärken und eine weitgehende Autarkie in Schlüsselindustrien zu erreichen. Dies bedeutet eine verstärkte Fokussierung auf nationale Interessen bei Handelsentscheidungen.

Für Deutschland und die EU ergeben sich aus dieser Politik erhebliche Herausforderungen, besonders in den Sektoren Technologie, Automobilindustrie und Pharmazie. Verstärkte US-Zölle, Importbeschränkungen für europäische Güter und Exportbeschränkungen für technologische Komponenten könnten deutsche Unternehmen dazu zwingen, ihre Lieferketten und Exportmärkte stärker zu diversifizieren sowie vermehrt in den USA zu investieren.

Die Betonung auf strategischer Autarkie würde zudem transatlantische Lieferketten belasten und den Wettbewerb um technologische Führerschaft weiter befeuern. Insbesondere die US-Politik gegen-

über China, die auf eine Eindämmung chinesischer Handels- und Investitionspraktiken abzielt, wird zu geopolitischen Spannungen für Deutschland und die EU führen. Sie werden deshalb noch stärker gefordert sein, zwischen berechtigten US-Handelsinteressen und ihren eigenen wirtschaftlichen Prioritäten in Bezug auf China zu navigieren, was unabdingbar zu für die deutsche Seite schmerzhaften Kompromissen mit dem transatlantischen Partner führen muss. Gleichzeitig könnte diese Position allerdings helfen, die Gefahr verstärkter US-Zölle und Handelsbarrieren zu verringern und den Zugang Deutschlands zu US-Innovationen und -Technologien zu sichern.

Nachfolgende Handlungsempfehlungen beruhen auf einem kontradiktorischen Befund: Einerseits ist der Ansatz Trumps, dass jeder Gewinner einen Verlierer zur Folge hat, unzutreffend. Es liegt nun stärker denn je an europäischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, der US-Administration aufzuzeigen, dass durch Kooperation der gemeinsame Wohlstand gesteigert werden kann. Andererseits kann sich nach der erneuten Wahl Donald Trumps niemand mehr der Tatsache entziehen, welche Macht

von seiner Persönlichkeit als mutmaßlich erfolgreicher Geschäftsmann ausgeht. Deshalb sollten europäische Entscheidungsträger und -trägerinnen seinen Stil als Verhandler und Kommunikationsprofi in gewissem Maße adaptieren, ohne dabei ihre Überzeugungen über Bord zu werfen oder sich auseinander dividieren zu lassen.

Durch eine strukturierte Zusammenarbeit, innovative Handelsabkommen, eine gezielte Diversifizierung und mehr Autonomie kann Deutschland sicherstellen, dass es nicht als Verlierer von Trumps Trade Game 2.0 vom Platz geht.

Die Bundesregierung sollte sich auf die nachfolgenden zwei Punkte konzentrieren:

Neuer Anlauf für transatlantische Handelsabkommen: Hierfür sollte Deutschland die Gründung eines transatlantischen Wirtschaftsrates vorantreiben, um sektorale Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zu verhandeln. Dies erfordert eine Einigung innerhalb der EU über die zu verhandelnden Sektoren. Robuste Abkommen böten eine stabile und institutionalisierte Basis, um klar definierte Handelsregeln, Technologiestandards und Mechanismen zur Konfliktlösung festzulegen.

Ausbau alternativer Handelsbeziehungen: Angesichts möglicher US-Handelsrestriktionen sollten Deutschland und die EU die Handelsbeziehungen zu Partnern in Asien, Afrika und Südamerika intensivieren. Neue Abkommen – ohne sozial-, klima-, und umweltpolitische Überfrachtungen – mit aufstrebenden Märkten könnten potenzielle Nachteile durch einen eingeschränkten Zugang zum US-Markt ausgleichen.

Zwischen Zöllen, Sanktionen und China-Dilemma

Deutsche Unternehmen im Visier von Trump 2.0

Die wirtschaftspolitische Agenda von Präsident Trump orientiert sich an dem Schutz heimischer Industrien durch protektionistische Maßnahmen wie Zölle, Deregulierung im Bereich der Klima- und Sozialstandards sowie Senkung der Unternehmenssteuern und teilweisen Rückabwicklung der Förderung der grünen Transformation (IRA). Trumps bevorzugtes internationales Druckmittel sind wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, in der Annahme, dass die Kosten von anderen getragen werden. Der selbst ernannte *Tariff Man* nutzt *Executive Orders* und den *International Emergency Economic Powers Act*, um schnell hohe Zölle von 60–100 Prozent auf Waren aus China sowie 10–25 Prozent auf alle anderen Importe zu verhängen. Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihrer hohen Exportquote sowie großen Abhängigkeit von China besonders stark in der Kritik.

Die Konsequenzen der zweiten Amtszeit Trumps werden für die deutsche Wirtschaft deutlich spürbar. Der nahezu uneingeschränkte globale Handel, auf Basis westlicher Werte und internationaler Organisationen, garantiert durch militärische Stärke der USA, ist vorbei. Stattdessen wird sich Deutschland an den transaktionalen Stil Trumps gewöhnen müssen, der Stärke

respektiert, vermeintliche Schwächen auszunutzen versucht und das Brennglas auf das China-Dilemma der deutschen Wirtschaft richtet.

Mehr Handelskonflikte: Die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist besonders gefährdet durch neue US-Zölle und Vergeltungsmaßnahmen für den deutschen Handel mit China. Deutsche Waren mit Komponenten aus China werden zunehmend aus dem US-Markt ausgeschlossen. Deutsche Technologie, die auch in China entwickelt und produziert wird, ist der hohen Gefahr von US-Importrestriktionen ausgesetzt, um wichtige Liefer- und Wertschöpfungsketten *China-free* zu gestalten.

Divergierende Regulierungen: Unter Trump werden sich die regulatorischen Ansätze der EU und der USA weiter auseinanderentwickeln, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit massiv erschwert und die Interoperabilität zwischen den beiden Wirtschaftsräumen beeinträchtigt. Das führt dazu, dass die deutsche Wirtschaft mit den USA, EU und China drei tendenziell deutlich unterschiedliche Wirtschaftsräume navigieren muss. Infolgedessen wird die EU vermehrt versuchen, den eigenen Wirtschaftsraum zu stärken.

Härterer Preiskampf: Die Abschottung des US-Markts für chinesische Produkte erhöht den Druck auf die chinesische Wirtschaft, in Europa und im Inland den Absatz zu steigern. Die über Jahre aufgebauten chinesischen Überkapazitäten steigen weiter und verschärfen den harten Preiswettbewerb mit der deutschen Industrie, die den technologischen Vorsprung gegenüber chinesischen Firmen in weiten Teilen verloren hat.

Für die deutsche Wirtschaft und Entscheidungsträger bedeutet dies in den kommenden Jahren:

Geschäftsstrategie und Risikoexposition analysieren: Eine ehrliche und spezifische Bewertung, bei Bedarf flankiert durch die Politik, ist der wichtigste erste Schritt. Wie hoch ist die Abhängigkeit vom amerikanischen und chinesischen Markt? In welchen Bereichen sind Geschäftsmodelle verwundbar und wo ist die deutsche Wirtschaft bereits gut aufgestellt? Je nach Geschäftsstrategie kann ein Verzicht auf einen der beiden Märkte unerwünschte Realität werden.

Lokale Produktionsmöglichkeiten prüfen: Je nach Abhängigkeit vom US-Markt werden deutsche Unternehmen dazu gedrängt sein, ihre Exporte durch Produktion in den USA zu ersetzen. Während neue Einwanderungsgesetze es erschweren könnten, geeignete Fachkräfte zu finden, ist eine sorgfältige Prüfung der Bundesstaaten für Direktinvestitionen ratsam, um den optimalen Standort zu identifizieren.

Möglichkeiten nutzen: Zusätzliche wirtschaftliche Anreize schaffen eine neue Dynamik in den USA und der EU. Falls dieser Impuls für die Wiederbelebung der europäischen Integration genutzt wird, können verbesserte EU-Standortbedingungen zu neuen Chancen für deutsche Unternehmen führen.

TECHNOLOGIE

Tech, Macht, Trump

Deutschlands Handlungsoptionen im digitalen Zeitalter

Technologie und Innovation werden zunehmend zum Kristallisationspunkt der geoökonomischen Systemrivalität im 21. Jahrhundert.⁷ Daher wird auch die Trump-Administration 2.0 ihre Druckmittel global – also auch gegenüber Europa – erhöhen.

Spricht man dieser Tage mit konservativen Politikberatern in den USA, betonen diese einmütig, dass der zweite Kalte Krieg, diesmal gegenüber China, unmittelbar bevorsteht oder bereits begonnen habe. Insbesondere das Feld der Technologiepolitik wird dabei unter dem Prisma des *Decouplings* betrachtet. Das heißt, es ist unwahrscheinlich, dass Donald Trump die Technologiekontrollen im Handel zwischen den USA und China, die das Handelsministerium in den letzten Jahren eingeführt hat, rückgängig machen wird.⁸ Technonationalismus und -protektionismus dürften eher noch zunehmen.

Bei einer Verschärfung der Konfrontation zwischen den USA und China ist davon auszugehen, dass die amerikanische Seite versuchen wird, Druck auf Europa auszuüben – gegebenenfalls auch mithilfe von geoökonomischen Instrumenten. Dazu zählen u. a. Zölle, Investitionsmaßnahmen, (sekundäre) Sanktionen, Finanz- und Finanzmarktpolitik sowie Wirkmittel im Cyberraum.⁹ Es droht eine Aufteilung

der Welt in verschiedene Technosphären, in der Europa trotz seiner Wirtschaftskraft und Marktgröße droht, den Anschluss zu verlieren.

Im direkten Verhältnis zwischen Europa und der Trump-Administration ist wie von 2017 bis 2021 davon auszugehen, dass es wieder zu einem Transaktionalismus zwischen verschiedenen Politikfeldern kommen wird. Das heißt, Wirtschafts-, Technologie-, Finanz- und Sicherheitspolitik werden nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Vielmehr wird es auf ein *Dealmaking* zwischen den Themen ankommen. Die Frage der Formate, beispielsweise mit Blick auf die Zukunft des Transatlantic Trade & Technology Council (TTC)¹⁰, bleibt dabei offen.

Für die Bundesregierung kommt es darauf an, bilateral oder in flexiblen Settings Kompromisse zu ermöglichen, die die Europäische Union als zentralen Regulator stärken. Unilateral wird Deutschland in den kommenden vier Jahren den USA in der Technologiepolitik wenig entgegenzusetzen und anzubieten haben.

Verschärfte Sicherheitsbedenken gegenüber chinesischer Technologie sind auch von europäischer Seite mehr als angebracht. Das eröffnet Kooperationspotenzial für die EU mit den USA. Eine Chance liegt dabei in der gemeinsamen technologischen Standardsetzung, die auch andere demokratisch orientierte Mächte wie Indien einschließen könnte. Gelingen kann dies jedoch nur, wenn Deutschland und die EU ihre Bedeutung als Wissenschafts- und Innovationsstandort stärken. Gerade Deutschland hat dabei mit Blick auf das Thema Quantencomputing noch gute Chancen, ein zentraler Knowledgeprovider in internationalen Lieferketten zu bleiben und diese Funktion auszubauen.

Neben den Chancen zur Zusammenarbeit muss Europa aber auch seine wirtschaftliche Widerstandskraft und Wehrhaftigkeit weiterentwickeln. Das Problem ist dabei nicht mangelnde Initiative, siehe. z. B. das von der EU-Kommission entwickelte Anti-Coercion-Instrument¹¹. Vor allem fehlt es der EU an Kohäsion und Koordination. Stärken ließe sich diese womöglich mithilfe des European Economic Security Network¹², das die Wirtschaftssicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten zusammenbringt und Sanktionsmaßnahmen und Gegenmaßnahmen schnell, einheitlich und regelbasiert umsetzt. Nur ein geeintes handelndes Europa wird in Washington als Gesprächs- und möglicher Kooperationspartner wahrgenommen werden.

7 Nick, Andreas (2021): Global vernetzt und widerstandsfähig. In: *Civis & Sonde* 02-2021, S. 68–73.

8 Harding, Rebecca (2024): Trump trade – back to the Future? In: *Flow DB* (13. 11.2024). Verfügbar unter: <https://flow.db.com/trade-finance/trump-trade-back-to-the-future> (letzter Abruf 06.02.2025).

9 Blackwill, Robert D. / Harris Jennifer M. (2016): *War by Other Means. Geoeconomics and Statecraft*. Belknap / Harvard University Press, S. 49–92.

10 Brattberg, Eric (2024): *Adaptation or Atrophy? The U.S.-EU Trade and Technology Council Post-2024*. Policy Brief Bertelsmann Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/adaptation-or-atrophy-the-us-eu-trade-and-technology-council-post-2024-en> (letzter Abruf 06.02.2025).
11 DG Trade (2023). *Anti-Coercion Instrument*. Verfügbar unter: <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/en/content/anti-coercion-instrument> (letzter Abruf 06.02.2025).

12 Demarais, Agathe / Newman, Abraham (2024): *Europe Must Unlock Its Geoeconomic Power. The EU Needs a New Strategy to Defend Against Coercion*. In *Foreign Affairs* (14 November 2023). Verfügbar unter: <https://www.foreignaffairs.com/europe/europe-must-unlock-its-geoeconomic-power> (letzter Abruf 06.02.2025).

ROHSTOFFE

Make Resource Security Great Again!?

Ilulissat, Grönland



Aufbrechen der Rohstoff-Dominanz Chinas unter Trump

Bereits vor seiner Übernahme der Amtsgeschäfte kündigte Donald Trump an, dass das rohstoffreiche und strategisch wichtige Grönland Teil der Vereinigten Staaten werden soll. Die strategische Sicherung und Verarbeitung kritischer Mineralien und Metalle für die US-Wirtschaft wird unter der Trump-Administration 2.0 noch stärker als bisher unter sicherheitspolitischen und geoökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Rohstoffgewinnung ist kein „normales“ Geschäftsfeld mehr, sondern integraler Bestandteil der globalökonomischen Auseinandersetzung um krisenresiliente Lieferketten. Es ist daher zu erwarten, dass die USA ihr nationales Rohstoffpotenzial (z. B. Lithium, Nickel) erschließen und versuchen werden, industrielle Verarbeitungskapazitäten im Land zu errichten. Die sehr hohen Abhängigkeiten von Rohstoffen und Zwischenprodukten aus China sollen durch Positivanreize und Deregulierung vermindert und US-amerikanische Rohstoffunternehmen gefördert werden. Hierbei kann an bestehende Instrumente wie den Inflation Reduction Act angeknüpft werden, sollte dieser von Trump beibehalten werden. Das strategische Kernziel wird sein, Chinas Rohstoff-Dominanz aufzubrechen, um die USA für die kommenden Auseinandersetzungen weniger verwundbar zu machen.

Rohstoffpolitik wird noch enger mit strategischen Sicherheits- und Wettbewerbsfragen verknüpft sein. Der deutsche rohstoffpolitische Ansatz einer strikten Trennung zwischen aktiven Rohstoffunternehmen und einem passiven Staat, der Regeln setzt,

Finanzmittel bereitstellt und flankierende Rohstoffdiplomatie betreibt, gerät weiter unter Druck. Deutschland steht vor einem Dilemma: Da es keine großen internationalen deutschen Rohstoffunternehmen mehr gibt, ist die deutsche Industrie auf das Funktionieren globaler Märkte angewiesen und damit von ihren Lieferanten, allen voran China, massiv abhängig (bis zu 100 Prozent). Wenn nun zusätzlich die USA ihren Heimatmarkt durch Lieferkettenregularien und Zölle abschotten, erhöht sich der Druck auf rohstoffverarbeitende deutsche Unternehmen, ihre Lieferketten US-konform, d. h. mit möglichst geringen Anteilen an Importen aus China, auszurichten. Analog zu den sicherheitspolitischen Bündnissen (NATO, AUKUS¹³) werden sich die Rohstoffbeziehungen entwickeln und auf eine gegen China gerichtete US-geführte Rohstoff- und Industrieallianz zusteuern. Dadurch befindet sich Deutschland in einem Zangengriff zwischen Chinas Rohstoff-Dominanz und den sich rohstoffgeopolitisch abschottenden USA.

Die Bundesregierung kann auf mehreren Ebenen ansetzen, um die deutsche Rohstoffpolitik strategischer und krisenresilienter aufzustellen.¹⁴

Zunächst ist eine Neupriorisierung der Handlungsfelder und Maßnahmen in der Rohstoffstrategie von 2020 erforderlich. Die Bundesregierung sollte mehr Finanzmittel für die Exploration, Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen in Deutschland (und der EU) bereitstellen, um das europäische Rohstoffpotenzial besser als bisher zu nutzen. Der Rohstofffonds der alten Ampel-Regierung unter Kanzler Scholz ist ein erster Schritt, aber dessen Volumen von ca. einer Mrd. EUR ist in mittel- und langfristiger Hinsicht unzureichend.

Die bestehenden bilateralen Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Ländern (Mongolei, Kasachstan, Peru, Chile) sollten wiederbelebt und ein stärkeres Engagement der Bundesregierung kommuniziert und praktiziert werden. Nur durch den langfristigen Einsatz des deutschen Staates in enger Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen werden vor Ort konkrete Rohstoffprojekte realisiert, die unsere China-Abhängigkeit verringern.¹⁵

Es sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass eine Institution geschaffen wird, die sich dauerhaft mit der Analyse und Beschaffung kritischer Rohstoffe beschäftigt. Denkbar wären eine Kompetenzerweiterung der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) oder eine eigenständige EU-Rohstoffagentur.¹⁶

13 Trilaterales Militärbündnis, bestehend aus Australien, Großbritannien und den USA.

14 Vgl. Kullik, Jakob (2024): Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen? Analyse der Rohstoffpolitik Deutschlands im europäischen Kontext, Nomos, Baden-Baden.

15 Vgl. Kullik, Jakob (2021): Gekommen, um zu bleiben – Deutschlands Engagement im Indo-Pazifik: Strategische Rohstoffpartnerschaften aufbauen, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Analysen & Argumente Nr. 464, Dezember 2021.

16 Vgl. Kullik, Jakob/Gutzmer, Jens/Gramlich, Ludwig (2023): Eine EU-Rohstoffagentur – Sinnvolles Instrument für die europäische Rohstoffsicherheit?, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen, Band 7, Heft 2 (2023), S. 133–149.

VERTEIDIGUNG

Alle Augen auf den Indopazifik

Für Deutschland heißt das LV/BV first, Indopazifik second

Auch wenn der *pivot to Asia* seit Präsident Obama zumindest teilweise die Politik der Vereinigten Staaten prägt, kann davon ausgegangen werden, dass während der zweiten Amtszeit von Donald Trump China als ernsthafte existenzielle Bedrohung gesehen wird. Der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fokus wird demnach wesentlich stärker als bei den vorherigen Administrationen auf China und den Indopazifik verschoben.

Amerika bereitet sich nach Ansicht vieler republikanischer Vertreterinnen und Vertreter auf einen neuen Kalten Krieg vor bzw. befindet sich bereits in diesem – China wird als Rivale in allen Domänen und Politikfeldern gesehen. Neben der sicherheits- und verteidigungspolitischen Bedrohung durch China werden auch die Auswirkungen des Kalten Kriegs auf das Leben der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger gesehen: China wird für den Verlust von Arbeitsplätzen in den USA verantwortlich gemacht, aber auch eine aktive Rolle in der Fentanyl-Epidemie und damit Verantwortung an der hohen Todeszahl von Amerikanerinnen und Amerikanern durch Überdosis vorgeworfen.

Die personellen Nominierungen verschiedener als *China hawks* bekannter Politikerinnen und Politiker wie Sen. Marco Rubio als Außenminister, Rep. Michael Waltz als nationaler Sicherheitsberater und Pete Hegseth als Verteidigungsminister verdeutlichen dies ebenfalls. Die USA werden daher den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten so schnell wie möglich beenden bzw. die Verantwortung für die Konfliktbeilegung an die Europäer übergeben, um sich ganz auf China und den Indopazifik konzentrieren zu können.

Deutschland und seine europäischen Partner müssen sich darauf einstellen, dass die USA sowohl ihren Fokus als auch militärisches Personal und Material von Europa in den Indopazifik verlagern werden. Zwar wird Russland ebenfalls als Bedrohung gesehen und die Zusammenarbeit Russlands und Chinas in der sogenannten *Axis of Upheaval* benannt, dies darf aber nicht dazu führen, dass sich Deutschland und Europa bei der Abschreckung Russlands auf die USA verlassen. Die USA werden von Deutschland erwarten, dass sich das deutsche Engagement auf

die Herausforderungen vor der eigenen Haustür und weniger auf den Indopazifik konzentriert. Die neue Administration werde laut konservativen Politikberatern keine Entsendung von deutschen Fregatten erwarten, über deren Mehrwert sowieso debattiert werden könne. Hauptaufgaben sind die Organisation und der Erhalt der (konventionellen) Abschreckung

gegenüber Russland sowie die Übernahme von mehr Verantwortung im Roten Meer und im Nahen und Mittleren Osten. Gleichzeitig wird von Deutschland erwartet, dass es vermehrt Kritik an China äußert und die Position der USA durch *signaling* unterstützt.

Daraus leiten sich folgende Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung ab:

Deutschland sollte gemeinsam mit seinen europäischen Partnern sein bisheriges militärisches Engagement im Indopazifik evaluieren. Dabei gilt es zu prüfen, wie viel Mehrwert für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Entsendung der Fregatte Bayern 2021–2022 und der Fregatte Baden-Württemberg 2024 hatten. Zugleich sollte überlegt werden, wie symbolträchtige Handlungen, darunter die Fahrt durch die Taiwanstraße, als Zeichen der Unterstützung offener Seewege auch anderweitig vorgenommen werden können. Ein zukünftiger Indopazifik-Einsatz sollte nur bei klarem Mehrwert für die Einsatzbereitschaft für die Bundeswehr erfolgen.

Deutschland muss seine Fähigkeiten für Landes- und Bündnisverteidigung weiterhin stark ausbauen und seine Kriegstüchtigkeit erhöhen, um auf die Verlagerung des Fokus der USA weg von Europa vorbereitet zu sein. Bei der Entscheidung für den Einsatz militärischer Kapazitäten sollte der Fokus weniger auf dem Indopazifik liegen, sondern auf der Verteidigung der Ostflanke und dem internationalen Krisenmanagement in Europas Nachbarschaft, wie z. B. der Operation Aspides im Roten Meer.

Deutschland muss seinen Ansatz, dass China „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ ist, überdenken und ggf. aufgeben. In jedem Fall sollte Deutschland China bei der Verletzung der internationalen regelbasierten Ordnung öffentlich stärker kritisieren und den Druck erhöhen.

Außerdem muss Deutschland gegenüber der neuen US-Administration betonen, wie wichtig die Rolle von Alliierten im neuen Kalten Krieg gegenüber China ist und dies als Verhandlungsmasse zum Schutz der NATO und bestehender internationaler Kooperationen nutzen.

Verteidigung im Bündnis

Der allerletzte Weckruf für die deutsche Verteidigungspolitik

Die verteidigungspolitischen Prioritäten der Trump-Administration 2.0 werden kaum jemanden überraschen: China statt Russland, Indo-Pazifik statt Europa, Lastenverschiebung statt Lastenteilung. Die angestrebte Fokussierung militärischer Ressourcen auf den Indo-Pazifik zur Abschreckung Chinas, ermöglicht durch den Rückzug aus Europa mit der Erwartungshaltung, dass die Europäer das „Russland-Problem“ selbst zu lösen haben, sind nichts Neues. Auch wenn die Europäer bei der Anbahnung eines möglichen Waffenstillstands zwischen der Ukraine und Russland eine Nebenrolle einzunehmen drohen, müssen sie diesen im Zweifel sichern.

In Ansätzen bereits in der zweiten Obama-Administration artikuliert, ist die Prämisse simpel: Die amerikanischen Streitkräfte sind überlastet und ihre fortlaufende Aufteilung zwischen Europa und Indo-Pazifik widerspricht den nationalen Sicherheitsinteressen der USA. Was Trump in seiner ersten Amtszeit androhte, könnte in den kommenden Jahren Realität werden: Während ein Ausstieg der USA aus der NATO als unwahrscheinlich gilt, sind Trumps Kreativität, die Organisation durch bestimmte Personalentscheidungen von innen auszuhöhlen oder durch den erratischen Abzug von US-Streitkräften aus Europa ihr Kernmandat der Abschreckung und Verteidigung zu untergraben, kaum Grenzen gesetzt.

Trotz unzähliger Weckrufe seit der russischen Annexion der Krim hat sich im vergangenen Jahrzehnt nach kurzanhaltenden Schockmomenten und hektischem Aktionismus letztlich immer die Hoffnung breit gemacht, dass man zur Stabilität der 2000er-Jahre zurückkehren könnte. Dass viele der Maßnahmen, wie das Sondervermögen für die Bundeswehr oder die Brigade Litauen, zwar angekündigt, aber nur teilweise oder unzulänglich umgesetzt sind, lässt auf einen noch immer weit verbreiteten Trugschluss schließen: Dass bislang eine direkte Konfrontation zwischen Russland und der NATO ausgeblieben ist, heißt nicht, dass die Abschreckung der NATO funktioniert; es heißt nicht, dass wir schon „genug“ tun, geschweige denn, vorbereitet sind. Noch viel weniger heißt es, dass Deutschlands fragiles Sicherheitsumfeld Raum für ausschließlich „diplomatische Lösungen“ böte – besonders nicht zu Lasten ukrainischer Souveränität. Alliierte und Partner, einschließlich der USA, erwarten, dass Deutschland – die stärkste Wirtschaftskraft Europas – auch in der Verteidigung des Kontinents eine Führungsrolle einnimmt. Dazu müssen Versprechungen einer „Zeitenwende“, einer Brigade Litauen oder der verstärkten Erfüllung des NATO Zwei-Prozent-Ziels, das inzwischen auch als überholt gilt, endlich Taten folgen.

Für die Bundesregierung ergeben sich daraus zwei komplementäre Handlungsempfehlungen:

Die konsequente Erfüllung der NATO-Planungsziele und eine dies begleitende konstruktive Debatte mit der breiten deutschen Bevölkerung.

Als Alliiertes hat Deutschland seinen NATO-Verpflichtungen nachzukommen. Dies bedeutet ein stetiger Aufwuchs an Verteidigungsausgaben, Fähigkeiten und Personal – zivil und militärisch. Signifikante Investitionen – kurzfristig ggf. durch ein zweites Sondervermögen und längerfristig durch eine Umstrukturierung des Bundeshaushalts – sind dafür unabdingbar.

Zudem braucht es eine öffentliche Debatte um diese Unabdingbarkeit. Anstatt Sicherheit und Sozialstaat in einem künstlichen Dualismus gegeneinander auszuspielen, muss die Bundesregierung durch gezielte strategische Kommunikation unterstreichen, dass das eine das andere bedingt. Ohne Sicherheit, kein Sozialstaat. Dass sich beides bedingt, heißt jedoch nicht, dass beides gleichzeitig bedient werden kann. Trotz aller Bemühungen werden Kürzungen an einigen Stellen notwendig sein. Diese Realitäten müssen in einer aktiven Debatte und klaren Kommunikation mit der Bevölkerung erläutert werden. Das Deutschland und Europa, in dem wir leben, hat seinen Preis, und je länger wir warten, desto höher wird er.

Ein Bundeswehrsoldat in Tarnuniform mit der deutschen Flagge als Abzeichen auf der Schulter. Die Armeeuniform zeigt das klassische Camouflage-Muster.



„From Customer to Partner“

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Kontext der zukünftigen transatlantischen Beziehungen

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) ist ein zentraler Akteur in den transatlantischen Beziehungen und spiegelt die strategischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der USA und Europas wider. Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus wird voraussichtlich ernsthafte Veränderungen in der Rüstungspolitik bringen. Dies stellt die europäische, insbesondere die deutsche SVI, vor erhebliche Herausforderungen und eröffnet zugleich Chancen.

Die republikanische Agenda für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird stark von Denkfabriken wie der Heritage Foundation und dem America First Policy Institute geprägt. Ein zentraler Fokus liegt u. a. auf der Deregulierung der US-Rüstungsindustrie, einer Lockerung der ITAR-Bestimmungen (International Traffic in Arms Regulations) und einer verstärkten Exportförderung. Diese Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie erhöhen und den globalen Einfluss der USA im Sinne eines *Arsenal of Democracy* ausbauen.

Die Lockerung von ITAR – bisher ein kritischer Punkt für die Nutzung von US-amerikanischen Rüstungskomponenten – würde den Wettbewerb mit europäischen Firmen erheblich vereinfachen und technologische Abhängigkeiten von den USA könnten verschärft werden. Gleichzeitig plant die Trump-Administration 2.0, die Rüstungsindustrie durch

spezielle Programme zur Förderung von KMUs und die Reform des *Build American, Buy American Act* massiv zu unterstützen. Verteidigungspolitik im Ganzen sowie Rüstungspolitik im Speziellen wird dabei als *Business-Case* – wie auch alle anderen Politikfelder – betrachtet, bei der der transaktionale Charakter sowie wirtschaftliche Effizienz und der Ausbau von amerikanischen Arbeitsplätzen im Vordergrund stehen. Diese marktorientierte Herangehensweise wird die US-Rüstungsindustrie international noch wettbewerbsfähiger machen und den Druck auf europäische Anbieter erhöhen.

Diverse Forderungen aus u. a. den USA, Polen und sogar vom neuen NATO Generalsekretär Mark Rutte nach gesteigerten Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten begleiten die Erwartung, das gemeinsame Ziel auf mindestens drei Prozent des BIP zu erhöhen. Dies würde für Deutschland eine deutliche Steigerung der Verteidigungsausgaben bedeuten, verbunden mit erheblichen Investitionen in die SVI. Dies bietet einerseits die Chance auf Wachstum und Innovation in der heimischen Industrie, stellt andererseits aber hohe Anforderungen an strategische Planung, nationale und europäische Förderung und Standardisierung sowie Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Der verschärfte Wettbewerb durch die Deregulierung und Exportoffensive der USA könnte insbesondere

europäische Anbieter in ihren Heimatmärkten unter Druck setzen. US-Unternehmen könnten mit einem deregulierten Angebot von modernsten und über das gesamte Fähigkeitsspektrum hinweg marktverfügbaren Technologien versuchen, Marktanteile zu gewinnen. Dies gefährdet nicht nur die Marktposition europäischer Anbieter, sondern langfristig auch deren Innovationskraft.

Hinzu kommt der strategische Schwenk der USA in den Indopazifik. Während die USA ihre Kräfte zunehmend in diese Region verlagern, könnten in Europa Fähigkeitslücken entstehen, insbesondere bei *Strategic Enablers* wie Raketenabwehr, Logistik, (strategische) Aufklärung und strategischer Verlegefähigkeiten. Dies eröffnet der europäischen SVI die Möglichkeit, diese Lücken zu füllen, erfordert jedoch erhebliche Investitionen und notwendige politische Flankierung.

Die Bundesregierung muss zwingend folgende Punkte berücksichtigen und angehen:

Investition in die deutsche und europäische SVI: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen SVI muss gezielt gestärkt werden, indem nationale Schlüsseltechnologien gefördert und europäische Kooperationen ausgebaut werden. Mechanismen wie der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) sollten strategisch genutzt werden, um Innovationen voranzutreiben und den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken. Deutschland sollte als Vorreiter agieren und gezielt in Zukunftstechnologien wie Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz und unbemannte Systeme investieren. Weiterhin muss die Exportfähigkeit durch klare rechtliche Rahmenbedingungen und direkte politische Flankierung insbesondere mit Blick auf die Konkurrenz mit der US-Wirtschaft in Asien gestärkt werden.

Abbau von Abhängigkeiten in Lieferketten: Die Abhängigkeit von globalen Lieferketten muss reduziert werden. Die deutsche SVI sollte durch den Aufbau nationaler und europäischer Produktionskapazitäten unabhängiger werden, insbesondere bei kritischen Gütern wie Halbleitern, seltenen Erden und Zwischenprodukten für die Pulverherstellung. Resiliente Lieferketten erhöhen die Verteidigungsfähigkeit und verringern die Verwundbarkeit gegenüber internationalen Krisen und strategischen Herausforderern. Insbesondere die deutsche SVI muss sich hin zu einer Resilienzwirtschaft transformieren, die das Kontinuum Frieden-Krise-Krieg umspannen kann.

From Customer to Partner: Obwohl der Wettbewerb mit den USA zunehmen wird, ist es essenziell, die rüstungspolitische Perspektive des transatlantischen Verhältnisses zu einer echten Partnerschaft weiterzuentwickeln – *from Customer to Partner*. Ein Beispiel ist die (Teil-)Fertigung der F-35 in Europa, die nicht nur Wertschöpfung vor Ort schafft, sondern auch Technologieaustausch erhöht und die Möglichkeit der Setzung gemeinsamer Standards schafft. Deutschland sollte zudem darauf drängen, dass Kooperationen zwischen europäischen und US-Unternehmen weiter ausgebaut werden, um auch den Zugang zum amerikanischen Markt zu erhalten und auszubauen und Innovationspotenzial zu erschließen.

Europäische Zusammenarbeit ernsthaft gestalten: Die europäische SVI kann nur im Rahmen einer stärkeren Integration und Konsolidierung erfolgreich sein. Gemeinsame Standards und Plattformen, etwa durch Kooperationsprojekte auch von den großen Mitgliedstaaten (DEU, FRA, ITA, POL etc.), reduzieren Kosten und fördern die Effizienz. Vorhaben wie der European Military Sales Mechanism können mit der richtigen finanziellen Flankierung die Grundlage für ein „Build European – Buy European“-Programm schaffen. Dabei ist klar, dass auch Wege gefunden werden müssen, Großbritannien und die Potenziale der britischen Wehrwirtschaft zu integrieren sowie Polen rüstungspolitische Angebote machen zu können, so dass die Aufträge des bald größten Feldheeres Europas wieder in der EU verbucht werden können. Deutschland kann und muss hier als Scharnierpartner zwischen West- und Osteuropa gestalterisch tätig werden.

CYBERSICHERHEIT

Cybersicherheit und kritische Infrastruktur

Raum für transatlantische Kooperationen

In der Cybersicherheitspolitik dürfte während Donald Trumps zweiter Amtszeit in mehreren Bereichen gute transatlantische Zusammenarbeit möglich sein. Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten kann die Bundesregierung in diesem Bereich daher transatlantische Gesprächs- und Kooperationskanäle auf- und ausbauen. Dass das Thema erwartungsgemäß wie während der ersten Trump-Regierung¹⁷ keine Priorität haben wird (solange kein verheerender Cybersicherheitsvorfall das Thema auf die nationalen Titelseiten setzt), kann dabei auch eine Chance sein.

Trump's Cybersicherheitspolitik wird voraussichtlich durch vier Trends gekennzeichnet werden. Erstens ist zu erwarten, dass die Trump-Regierung angesichts wachsender Cybersicherheitsbedrohungen einerseits den Fokus auf Resilienz der vergangenen Jahre weiterführen dürfte, besonders bezogen auf kritische Infrastrukturen (KRITIS). Andererseits wird erwartet¹⁸, dass Trump die Befugnisse von Militär und Nachrichtendiensten für aktive Cyberabwehr und offensive Cyberoperationen ausweiten wird. Zweitens werden die USA unter Trump nach mehr Unabhängigkeit von China bei kritischen Software-Produkten streben.

Außerhalb dieser beiden Bereiche wird Trump, drittens, kein Interesse an Cybersicherheits-Regulierung haben, da sie als Belastung für die Wirtschaft gesehen wird.¹⁹ Viertens wird sich Washington auf diejenigen multilateralen Formate konzentrieren, von denen es sich unmittelbare Vorteile verspricht.

KRITIS-Schutz ist wegen der anstehenden nationalen Umsetzung der NIS2-Richtlinie²⁰ aktuell das wichtigste europäische Cybersicherheits-Thema; bei diesem für Deutschland und die USA so zentralen Thema bieten sich daher Austausch und Kooperation an. Im Gegensatz dazu ist nicht zu erwarten, dass die Bundesregierung eine Befugnis-Ausweitung für aktive Cyberabwehr oder offensive Cyberoperationen vornehmen wird; hier könnte Gegenwind aus den USA kommen.

Transatlantische Koordination und Kooperation zur Unabhängigkeit von chinesischen Software-Produkten sind wenig etabliert. Die nächste Bundesregierung ist gut beraten, in diesem Bereich Fortschritte zu machen – schon aus Eigeninteresse.

Im Bereich der Regulierung von Cybersicherheitspflichten für Software-Hersteller und -Distributoren hat die EU mit dem Cyber Resilience Act²¹ (CRA) die ambitionierteste Gesetzgebung weltweit verabschiedet. Wenn das Gesetz ab 2027 schrittweise in Kraft tritt, wird es US-Unternehmen, die in die EU verkaufen, für unsichere Software-Produkte haftbar machen. Der transatlantische Konflikt ist vorprogrammiert.

Im multilateralen Bereich dürften sich die USA aus dem VN-Dialog zur Cybersicherheit weitestgehend zurückziehen.

Auf der Grundlage der Umsetzung der NIS2-Richtlinie sollte die nächste Bundesregierung aktiv den Austausch zur Resilienz kritischer Infrastrukturen mit US-Stellen suchen.

Zur Abhängigkeit von China bei kritischen Software-Produkten sollte die Bundesregierung Schritte einleiten, um sich in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor einen Überblick über kritische Software und ihre Zusammensetzung zu verschaffen.

Um den politischen Gegenwind zum CRA abzumildern, sollte die Bundesregierung zusammen mit anderen EU-Partnern der US-Regierung rechtzeitig die Auswirkungen des CRA nahebringen und sich gleichzeitig innerhalb der EU auf mögliche Zugeständnisse bei der technischen Spezifizierung der Regeln vorbereiten.

Im multilateralen Bereich sollte die Bundesregierung auf solche Formate setzen, in denen sich gleichgesinnte Staaten zu einem speziellen Cybersicherheits-Thema austauschen oder koordinieren. Vor dem Hintergrund von Trumps Streben nach mehr Transparenz zur Rolle chinesischer Hersteller in Software-Lieferketten könnte etwa ein neues Forum ins Leben gerufen werden, das sich mit dem übergeordneten Thema resilienter Software-Lieferketten²² beschäftigt.

17 <https://cyberscoop.com/john-bolton-book-cybersecurity-nspm-13-crowdstrike/> (letzter Abruf: 06.02.2025).

18 <https://www.cnbc.com/2024/11/22/pentagon-battle-military-control-new-national-cyber-force.html> (letzter Abruf: 06.02.2025).

19 <https://techcrunch.com/2024/11/16/what-a-second-trump-term-means-for-the-future-of-ransomware/> (letzter Abruf: 06.02.2025).

20 <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2022/2555> (letzter Abruf: 06.02.2025).

21 <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/2847/oj> (letzter Abruf: 06.02.2025).

22 Für Ansatzpunkte für politische Handlungsoptionen siehe <https://www.interface-eu.org/publications/governments-role-increasing-software-supply-chain-security-toolbox-policy-makers> (letzter Abruf: 06.02.2025).

WELTRAUM

„Make Space Great Again“

Trump und der Weltraum

Es war Präsident Trump, der 2019 die US Space Force aufstellte und somit eine Teilstreitkraft gründete, die eigenständig für die Organisation, das Training und die Ausstattung für Weltraumoperationen verantwortlich ist. Das US Space Command blieb weiterhin für die Kriegsführung im Weltraum zuständig.²³ Ebenso gründete Trump den National Space Council neu, nachdem dieser 1993 zunächst wieder abgeschafft wurde. Diese Infrastrukturen wurden während der Biden-Administration beibehalten. Doch entsteht der Eindruck, dass Weltraumsicherheit unter Präsident Biden weniger Aufmerksamkeit erhielt, als es unter Trump der Fall war.

Der Milliardär und Tech-Mogul Elon Musk hat einen besonderen Zugang zu Trump und hat mit der Leitung des Department of Government Efficiency (kurz DOGE) derzeit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Trumps Plänen zum Personal- und Kostenabbau im US-Verwaltungsapparat.²⁴ Musk ist Gründer der Firma SpaceX mit dem letztendlichen Vorhaben, den Mars zu besiedeln. Inzwischen ist ein Großteil der Weltraumwirtschaft, aber auch die amerikanische Regierung, auf seine zum Teil

wiederverwendbaren Raketen angewiesen. Weitere Projekte des Unternehmens, wie das Satellitennetzwerk Starlink und das Netzwerk von Aufklärungssatelliten Starshield, werden vom amerikanischen Verteidigungsministerium genutzt – Starshield zum Eigengebrauch und Starlink für die Ukraine. Da Trump bereits in seiner Siegesrede von SpaceX-Produkten schwärmte, kann davon ausgegangen werden, dass SpaceX und Musk auch weiterhin die Gunst des zukünftigen Präsidenten genießen werden.²⁵

Deutschland, wie auch der Rest Europas, ist abhängig von den amerikanischen Weltraumkapazitäten im Bereich der Verteidigung. Man denke zum Beispiel an die GPS-Konstellation für Navigation und Zeitsignale, auf die sich viele Waffensysteme verlassen, an die Frühwarnsatelliten, die Starts von ballistischen Raketen erfassen, und Aufklärungssatelliten, die nachrichtendienstliche Informationen übertragen. Obwohl die EU bereits ein aktiver Weltraumakteur ist, mit der Erdbeobachtungs-Konstellation Copernicus und der Navigations-Konstellation Galileo, sind diese Systeme zunächst nicht für den Einsatz



Starliner verlässt am Samstag, den 4. Mai 2024, die Vertical Integration Facility des Space Launch Complex 41 der Space Force Station Cape Canaveral.

zu Verteidigungszwecken gedacht. Die Veröffentlichung von Strategien zu dem Thema zeigt jedoch, dass auch die EU immer mehr über die Verteidigung und Sicherheit seiner Satelliten nachdenkt. Die NATO hat bereits festgelegt, dass sie keine eigenen Kapazitäten aufbauen wird und sich stattdessen auf seine Mitglieder und deren Fähigkeiten verlassen wird (wie bei anderen Bereichen auch). Folglich dürften die zu erwartenden Investitionen in diesen Sektor in der zweiten Amtszeit Trumps zunächst eine gute Nachricht sein. Man bedenke aber auch, dass Trumps letzte Präsidentschaft viel mehr von Europa, und vor allem von Deutschland, im Bereich der Verteidigungsausgaben erwartete.

Bei einigen Partnerschaften, wie etwa im Bereich Welt- raumlagebewusstsein, profitieren die USA von den Daten, die die Europäer durch ihre eigenen Radar- stationen einspeisen. Daher ist es unwahrscheinlich, dass sich diese Partnerschaft grundlegend ändern wird. In anderen Bereichen, in denen die europäi- schen NATO-Partner stark von den USA abhängen, dürfte jedoch bald die Forderung aufkommen, dass Deutschland und Europa mehr tun müssen – auch im Bereich Weltraum.

Für Deutschland bedeutet dies ganz klar: Die eigenen Weltraumfähigkeiten müssen weiter ausgebaut werden, ob mit oder ohne Präsident Trump im Weißen Haus. Für die Bundesregierung ergeben sich folgende Handlungsfelder:

Deutschland sollte die eigenen Weltraumkapazitäten weiter auf- und ausbauen und hierbei auch mit Partnern zusammenarbeiten. Grundfähigkeiten, bei denen Aufbaubedarf besteht, umfassen zum Beispiel die Bereiche Kommunikation und Aufklärung. Deutschland hat bereits in der Vergangenheit mit Frankreich zusammengearbeitet, um die Kosten für die Erdbeobachtung aufzuteilen. Weitere solcher Partnerschaften sollten angestrebt werden.

Zugleich geht es darum, die Sicherheit und den Schutz der eigenen Kapazitäten zu priorisieren. Weltraumsysteme sind Dual-Use Systeme: Die Integration von Weltraumsystemen in die militärische Infrastruktur bedeutet auch, dass Satellitensysteme zunehmend als Zielscheibe angesehen werden.

Bedrohungsanalysen müssen auf präzisen Daten beruhen. Dafür braucht es ein breiter-aufgestelltes Weltraumlagebewusstsein. Doch kann nicht Hardware allein unsere Sicherheit garantieren: Szenarien sollten fortentwickelt werden, auch mit Partnern, und mögliche Handlungsoptionen zum Schutz sollten identifiziert werden.

Darüber hinaus muss die Resilienz erhöht werden. Denn Signalstörungen und -täuschungen sind bereits jetzt Alltag in der modernen Kriegsführung. Resilienz der Weltraumsysteme kann erhöht werden durch das Aufbauen von Redundanzsystemen, aber auch durch die Aufstellung und vor allem das Üben mit erdbasierten Alternativen, auf die im Notfall zurückgegriffen werden kann.

23 Jim Garamone, „Trump Signs Law Establishing U.S. Space Force“, DoD News, 20. Dezember 2019, <https://www.defense.gov/News/News-Stories/article/article/2046035/trump-signs-law-establishing-us-space-force/> (letzter Abruf: 01.12.2024).

24 Tami Luhby, „Musk and Ramaswamy think they have new power to cut federal regulations. Here’s why it’s not so simple“, 28. November 2024, CNN News, <https://edition.cnn.com/2024/11/28/politics/doge-musk-ramaswamy-federal-regulations/index.html> (letzter Abruf: 01.12.2024).

25 FAZ, „US-Wahl: Donald Trumps Rede im Wortlaut“, faz YouTube, https://www.youtube.com/watch?v=-hHE_FfQzss (letzter Abruf: 01.12.2024).

KLIMA

Das Klima und Donald Trump

Wer schlägt wen?

Die Wahl Trumps markiert eine Wende in der internationalen Klimapolitik. Bereits in seiner ersten Amtszeit machte er unter anderem durch den Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen deutlich, dass Klimaschutz keine Priorität seiner Politik ist. Daran hat sich nichts geändert: Im Wahlkampf leugnet er den Klimawandel und propagiert mit *Drill, baby Drill* fossile Energiepolitik. Nun ernannte er den Fracking-Konzernchef Chris Wright zum Energieminister.

Auch der unter Biden beschlossene Inflation Reduction Act (IRA) ist Trump ein Dorn im Auge. Im Wahlkampf kündigte er an, den IRA zu stoppen, jedoch profitieren gerade republikanische Regionen stark davon. Seit 2022 entstanden durch den Ausbau grüner Technologien über 300.000 Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten. Diese wirtschaftlichen Vorteile für Trumps politische Basis könnten dazu führen, dass Trump den IRA nicht vollständig abschafft. Trotz der geringen Bedeutung, die Trump Klimafragen beimisst, besteht so weiterhin Hoffnung für klimafreundliche Entwicklungen.

In internationalen Organisationen zeichnet sich ein Rückzug der USA ab. Die erneute Kündigung des Pariser Klimaabkommen und ein möglicher Austritt aus der UN-Klimarahmenkonvention dürften große Auswirkungen haben: Erstens wird die ohnehin unzureichende globale Klimafinanzierung ohne die USA noch stärker unter Druck geraten. Zweitens wird durch den ständigen Kurswechsel und die daraus resultierende Unzuverlässigkeit der vergangenen Legislaturen das Vertrauen in transatlantische Partnerschaften geschwächt. Drittens kann durch den Rückzug der USA eine Dynamik entstehen, bei der auch andere Länder ihre Ambitionen in der Klimapolitik künftig weiter zurückschrauben.

Dennoch: Einige Bundesstaaten und Städte verfolgen bereits heute ambitioniertere Klimaziele als die USA auf Bundesebene. Staaten wie z. B. Kalifornien streben weiterhin Klimaneutralität an und bieten wertvolle Anknüpfungspunkte für Kooperationen. Auf dieser Ebene finden sich mögliche Partner für Deutschland und die EU, um trotz nationaler Rückschritte zu kooperieren. Auch viele Unternehmen, darunter Giganten wie Google oder Apple, haben

längst klimapolitische Richtungsentscheidungen beschlossen. Es gilt zu hoffen, dass diese Firmenziele langfristig ausgerichtet sind und über die nächste Legislaturperiode hinaus Bestand haben werden. Grüne Technologien sind ein Innovationsansatz und wirtschaftlicher Faktor. Auch die Regierungsbeteiligung Elon Musks, als Pionier der Elektromobilität, macht eine komplette Abkehr von grünen Technologien eher unwahrscheinlich.

Trumps Wiederwahl bringt Unsicherheiten für die internationale Klimapolitik. Besonders problematisch bleibt das Defizit im globalen Klimafonds. Hier bleibt abzuwarten, wie andere Staaten auf die Unterfinanzierung reagieren werden, welche Rolle China angesichts des von den USA hinterlassenen Vakuums einnimmt und welche Konsequenzen daraus folgen. Deutschlands Klimapolitik muss flexibel, pragmatisch, ambitioniert und europäisch abgestimmt sein, um in diesem unsicheren Umfeld effektiv zu agieren.

Folgende Handlungsempfehlungen ergeben sich für die Bundesregierung:

Klimaallianzen mit Gleichgesinnten stärken: Der Rückzug der USA aus multilateralen Formaten macht ein Umdenken nötig. Deutschland und die EU sollten Allianzen mit besonders ambitionierten Ländern wie Kanada oder Japan ausbauen und innovative Kooperationsformate mit neuen Partnern schaffen. Diese internationalen Allianzen könnten gezielt finanzielle Mittel und politische Einflussnahme bündeln, um Ziele zu erreichen und knappe Mittel effizient zu nutzen.

Zusammenarbeit auf subnationaler Ebene intensivieren: Einige US-Bundesstaaten haben ihre Klimapolitik bereits „Trump-fest“ gemacht und bieten Anknüpfungspunkte für Zusammenarbeit. Deutschland sollte Partnerschaften auf regionaler Ebene fördern, um unabhängig von der Besetzung des Präsidentsamtes Kooperationen aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Grüne Technologien als Business Case fördern: Klimaschutz ist für Trump nur interessant, wenn er profitabel ist. Die deutsche Politik sollte daher die Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität grüner Technologien in den Vordergrund stellen und Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten betonen. Beispiele wie die Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse des IRA können als Argument dienen, dass grüne Technologien nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind. Ziel ist es, dadurch eine wirtschaftliche Motivation für die USA zu schaffen, an internationaler Klimapolitik teilzuhaben.

Strategische Prävention und Vorausschau: Die Folgen des Klimawandels verschärfen Konflikte, führen zu humanitären Krisen und lösen Migrationsströme aus. Ohne den Beitrag der USA zur Klimafinanzierung sollte Deutschland gezielt Projekte zur Klimaanpassung sowie zur Konfliktfrüherkennung und -prävention fördern.

VEREINTE NATIONEN

Keine Zukunft für die Vereinten Nationen?

Deutschlands Rolle in der veränderten globalen Ordnung

Die Wiederwahl Donald Trumps 2024 markiert eine Zäsur für die internationale Ordnung und auch für das Politikfeld der Entwicklungspolitik. Schon in seiner ersten Amtszeit verfolgte Trump eine „America First“-Politik, die den Kurs der Geschichte veränderte und dabei den Multilateralismus letztendlich schwächte. Dies ging mit erheblichen Kürzungen in einzelnen Budgets der Vereinten Nationen (VN) durch die USA einher, bspw. bei der UNESCO und dem UNFPA. Die Ära Trump 2.0 Anfang des Jahres 2025 lässt für das amerikanische multilaterale Engagement wenig Hoffnung übrig: die USA als weltweit größter Geber in der Entwicklungszusammenarbeit wickeln USAID, die amerikanische Entwicklungsbehörde, faktisch ab ergänzt durch Austritte der USA u.a. bei der WHO, dem Pariser Klima-Abkommen und dem UN-Menschenrechtsrat. In Verbindung mit den zunehmend steigenden Fluchtbewegungen, dem Klimawandel und wirtschaftlicher Unsicherheit steht die internationale Gemeinschaft derzeit vor tiefgreifenden Umbrüchen. Vor diesem Hintergrund könnte Deutschland seine Außen- und v.a. Entwicklungspolitik anpassen, um sowohl Stabilität und Sicherheit als auch langfristigen Wohlstand zu

fördern. Die finanziellen Kürzungen durch die USA bei den VN kann Deutschland nicht ausgleichen, gleichwohl bleiben die VN ein zentraler Rahmen für Deutschlands politische Ziele und Ambitionen. In einem starken Europa muss Deutschland sich darauf einstellen, die Existenz der VN und das Prinzip der regelbasierten, multilateralen Ordnung zu verteidigen. Zugleich muss Deutschland zu einem Stabilitätsanker bei der Zusammenarbeit durch die VN werden. Die VN sind nicht nur Ausdruck internationaler Verantwortung, sondern auch eine Investition in Deutschlands sowie Europas Sicherheit und Wohlstand.

Um Deutschland und die EU in einer veränderten globalen Ordnung zukunftsfähig aufzustellen und das Engagement bei den VN zu stärken, sind nachfolgende Schritte der Bundesregierung erforderlich:

Stärkung der europäischen Rolle im Multilateralismus forcieren

Die aktuelle USA-Politik der maximal selektiven Kooperation bei den VN (Engagement bei ausgewählten Organisationen wird finanziell und politisch „runtergefahren“, einzelne VN-Organisationen werden durch die USA umgehend verlassen und die Fokussierung auf strategische „Deals“) untergräbt den Multilateralismus immens und erschwert globale Lösungen. In dieser Situation kommt Europa eine entscheidende Rolle zu, um Stabilität und internationale Normen zu sichern und die Rolle der VN insgesamt nicht zu schwächen. Deutschland könnte gemeinsam mit seinen Partnern in der EU eine stärkere Position einnehmen und die EU als stabilisierenden Akteur bei den VN ausbauen. Dies erfordert eine engere Abstimmung der Entwicklungspolitik, ein tatsächlich gemeinsames „Programmieren“ von VN-Projekten und dabei die gezielte Förderung von Projekten im Bereich des Klimaschutzes, der Menschenrechte und der wirtschaftlichen Entwicklung bei den VN. Der Hebel einer aktiveren Personalpolitik der VN sollte genutzt werden, um Europäer mehr in VN-Leitungspositionen zu bringen, insbesondere beim UNHCR und IOM sowie den VN-Organisationen, wo sich die Amerikaner zurückziehen.

Engagement in den VN-Gremien strategisch nutzen

Mittel- und langfristig ist die Reform des VN-Sicherheitsrats ein hehres Ziel, aber kurzfristig ist dieser ambitionierte Wurf vergleichsweise unwahrscheinlich. Daher gilt es, kleine Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Dazu zählt eine Stärkung und Aufwertung der Generalversammlung (GV) sowie die Rolle Deutschlands als „ehrlicher Makler“ in der GV zu nutzen. Die zweite Empfehlung zielt daher auf den Aufbau neuer Allianzen und Partnerschaften in der VN-GV und weiteren VN-Gremien ab. Deutschland könne die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mittelmächten wie Indien und Brasilien sowie sogenannten „Likeminds“ des globalen Südens bei den VN aktiv ausbauen, um gemeinsame Positionen und Koalitionen auszubauen und beispielsweise Resolutionen bei den VN aktiv einzubringen. Gemeinsame VN-Projekte in den Bereichen des Klimaschutzes, der Berufsbildung und der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung können zur Stärkung von Kapazitäten und Resilienz in Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit beitragen. Dies unterstützt nicht nur die globale Stabilität, sondern eröffnet auch neue wirtschaftliche Perspektiven für Deutschland.

Bekämpfung von Fluchtursachen und Steuerung von Migration durch die VN

Die dritte Handlungsempfehlung betrifft die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Steuerung von Migration durch die VN. Die weltweiten Fluchtbewegungen, insbesondere aus der Sahelzone, Nahost oder der Ukraine, erfordern ein umfassendes entwicklungspolitisches Engagement. Programme wie „Perspektive Heimat“ könnten wieder aufgelegt und ausgebaut werden, um Migranten bei der Reintegration zu unterstützen und langfristige Perspektiven vor Ort zu schaffen. Berufsbildungsmaßnahmen, Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft und gezielte Fachkräftegewinnung für die deutsche Wirtschaft können helfen, die Lebensbedingungen in Herkunftsländern zu verbessern und gleichzeitig deutsche Wirtschaftsinteressen zu fördern, gerade in den umliegenden europäischen Nachbarstaaten. Dies könnte einhergehen mit einem größeren „geearmarkten“ Beitrag für die Budgets beim UNHCR und IOM. Deutschland könnte sich dabei zudem für koordinierende europäische Finanzierungsmechanismen starkmachen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Partnerländern könnte in den genannten Regionen zudem durch sichtbare Infrastruktur-, Energie- und Rohstoffprojekte verstärkt werden, die sowohl die regionale Stabilität fördern als auch deutsche Wirtschaftsinteressen bedienen.

ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT

Größter Geber USA und was jetzt?

Während einer Gebetskundgebung für die Freigabe bereits bewilligter USAID-Mittel wird das Siegel der US-Behörde für internationale Entwicklung in der Nähe des US-Kapitols und des Obersten Gerichtshofs der USA hochgehalten.



Drohende Einschnitte in der bilateralen US-Entwicklungszusammenarbeit

Trotz des bisherigen grundsätzlichen Konsenses zwischen Demokraten und Republikanern über die für US-außenpolitische Interessen wichtige Rolle der *soft diplomacy*²⁶ hatte Trump bereits in seiner ersten Amtszeit versucht, das Budget für *foreign aid* signifikant zu kürzen, war damit aber am Kongress gescheitert. In seiner zweiten Amtszeit finden nun radikale Einschnitte für *foreign aid* mit dem Einfrieren fast aller Auslandshilfen und der sofortigen Beurlaubung fast aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von USAID (U.S. Agency for International Development) statt.

Der Anteil von *foreign aid* lag bislang bei einem Prozent des US-Gesamtbudgets. Hauptumsetzer von *foreign aid* war USAID, gefolgt vom State Department selbst; andere Ministerien spielten als Geldgeber eine untergeordnete Rolle im Portfolio, das weltweit 201 Länder umfasst.²⁷ Das Budget für USAID und State Department umfasste für das Jahr 2024 rund 63 Mrd. USD (davon 32 Mrd. USD für USAID), mit 522 Mio. USD allein für die Ukraine.²⁸ Angesichts des mit ein Prozent geringen Anteils für *foreign aid* am US-Gesamtbudget wird deutlich, dass signifikante Einschnitte in diesem Politikfeld keinen spürbaren Effekt auf inneramerikanische Investitionen haben werden, wohl aber das Risiko eines verstärkt negativen US-Bilds im Ausland bergen. Trotzdem wird *foreign aid* in der US-Bevölkerung kritisch gesehen und nicht als relevantes Instrument von Außenpolitik bewertet. Zwei Drittel aller Amerikaner wünschen sich verstärkte Investitionen in das eigene Gesundheits- und Bildungssystem sowie in Infrastruktur, gut 50 Prozent möchten dafür die Unterstützung für andere Länder zurückfahren, bei den republikanischen Wählern befürworten dies sogar 70 Prozent.²⁹

Der konservative Think Tank Heritage Foundation skizzierte in seinem als politische Richtschnur für den nächsten republikanischen Präsidenten gedachten „Project 2025“ Budgetkürzungen, eine stärkere Kontrolle der bislang weitgehend unabhängigen USAID durch das State Department inklusive stärkerer Ausrichtung an US-Sicherheitsinteressen sowie die Priorisierung von Unterstützungsleistungen entlang konservativer Werte.³⁰ Insbesondere Vorhaben mit Fokus auf Klima, Gender, LGBTQ+ und

reproduktive Rechte sollten gestrichen werden, zudem sollte die Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren in den Partnerländern verstärkt und dafür die Unterstützung internationaler Organisationen zurückgefahren werden. Insgesamt wurde eine drastische Kürzung des USAID-Budgets auf das Vor-Covid-Niveau von 2019 vorgeschlagen, was fast einer Halbierung der Mittel gleichkäme. Die nun von der Trump-Regierung ergriffenen Maßnahmen kommen, sollten sie beibehalten werden, einer Auflösung von USAID gleich. Von bislang 10.000 Mitarbeitern sollen voraussichtlich nur 600 weiter beschäftigt werden.³¹

USAID ist ein wichtiger Partner für die deutsche EZ, u. a. auch in der Ukraine, wo Deutschland nach den USA zweitgrößter bilateraler Geber ist. Die Einschnitte bei USAID werden unweigerlich Lücken reißen, gerade auch beim Wiederaufbau der Ukraine, welche weder durch deutsche noch durch EU-Mittel geschlossen werden können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund von sinkenden deutschen Haushaltsmitteln des BMZ (2023 noch gut zwölf Mrd. EUR, für 2025 sind 10,28 Mrd. EUR eingestellt)³² und einer zunehmend kritischen Haltung gegenüber EZ in der deutschen Bevölkerung, welche sich im Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2024 mit 43 Prozent für die Reduzierung von EZ-Ausgaben ausgesprochen haben, das sind 24 Prozent mehr als noch 2022.³³

Schwerer für die europäische EZ dürfte aber der Verlust des Wertepartners USA wiegen, der aufgrund seines breiten, auch militärischen, Engagements in Partnerländern oft ein Schwergewicht im Eintreten für demokratische Werte war.

Die Bundesregierung muss sich angesichts der drastischen Reduzierung des US-Engagements, wachsender Kritik aus der eigenen Bevölkerung an EZ-Ausgaben sowie sinkendem Budget strategischer positionieren.

Nationale strategische Interessen definieren: Die Umfragen in Deutschland und USA zeigen, dass es bislang nicht gelingt, den konkreten Nutzen von EZ für die nationale Sicherheit und Wirtschaft zu kommunizieren. Eine interessensgeleitete Entwicklungspolitik findet leichter Unterstützung und eröffnet eine stabile Verhandlungsposition mit der künftigen Trump-Administration.

Eigene Prioritäten weiter schärfen: Mit BMZ2030 hat bereits eine dringend notwendige thematische und regionale Fokussierung der deutschen EZ stattgefunden. Eine gute Vorbereitung auf den möglichen Ausstieg der USA aus zentralen Themen muss angesichts von langfristigen EZ-Planungszyklen auch Szenarien für eine neue Priorisierung enthalten.

„Team Europe“ stärken: Aktuell setzt jeder EU-Staat seine regionalen und thematischen Schwerpunkte weitgehend allein. Die *Team Europe Initiatives* und das *Joint Programming* werden von den EU-Mitgliedstaaten nicht aktiv genutzt. Durch gemeinsame Planung und Arbeitsteilung kann auch bei sinkendem nationalem Budget und reduziertem US-Engagement eine größere Wirkung erzielt werden.

26 <https://www.bushcenter.org/publications/policy-101-foreign-aid> (letzter Abruf: 06.02.2025).

27 <https://foreignassistance.gov> (letzter Abruf: 06.02.2025).

28 <https://www.usaid.gov/cj/fy-2024> (letzter Abruf: 06.02.2025).

29 <https://globalaffairs.org/research/public-opinion-survey/americans-prioritize-domestic-spending-over-foreign-aid> (letzter Abruf: 06.02.2025).

30 https://static.project2025.org/2025_MandateForLeadership_CHAPTER-09.pdf (letzter Abruf: 06.02.2025).

31 <https://www.devex.com/news/trump-will-double-usaid-staff-numbers-to-600-up-from-300-yesterday-109330> (zuletzt abgerufen am 07.02.2025)

32 <https://www.bundshaushalt.de/DE/Bundshaushalt-digital/bundshaushalt-digital.html> (letzter Abruf: 06.02.2025).

33 <https://www.deval.org/de/evaluierungen/laufende-und-abgeschlossene-evaluierungen/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik/der-deval-meinungsmonitor-entwicklungspolitik-2024> (letzter Abruf: 06.02.2025).

SCHLUSSWORT

Perspektive Trump 2.0... Inzwischen ist aus der Perspektive schon ein Stück Realität geworden. Wir haben bereits einige außen- und sicherheitspolitische Aussagen und Entscheidungen des US-Präsidenten Donald Trump erlebt: Austritt aus der WHO, dem UN-Menschenrechtsrat und dem UN-Klimaabkommen, Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IGH), dessen Mitarbeiter und sogar deren Familien sowie die quasi-Auflösung der US-Agentur für Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit USAID. (Stand: 11.02.2025)

Diese Beispiele bereits nach wenigen Wochen der zweiten Trump-Administration sind für die Perspektive über vier Jahre sicher nicht als Ganzes zu nehmen, sie verdeutlichen jedoch zwei nicht überraschende Grundtendenzen: Einerseits die Abwendung der USA unter Trump von der selbst aufgebauten regelbasierten Ordnung und der breiten internationalen Zusammenarbeit sowie andererseits die transaktionale Prägung des Trumpschen Politikstils. Beides fordert schon jetzt Deutschland und die Europäische Union, die an den Grundprinzipien der regelbasierten Ordnung und der internationalen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen im eigenen Interesse festhalten.

Das Ringen um eine Reaktion der EU in Handels- und Wettbewerbsfragen und in der Digitalpolitik wird die europäische Agenda mittelfristig bestimmen. Es gilt, unterschiedliche nationale Interessen wie politische Positionierungen der 27 Mitgliedstaaten auszugleichen und in eine einigermaßen kohärente Politik zu überführen, um dem US-amerikanischen Druck standzuhalten. Die eigenen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen erfordern insbesondere angesichts der russischen Bedrohung und der chinesischen Herausforderung eine möglichst geschlossene EU in möglichst enger transatlantischer Partnerschaft. Hier wird der neuen deutschen Bundesregierung eine Schlüsselrolle zukommen: Sie muss innerhalb der EU führen und sie muss Partner und Positionen zusammenführen.

In den vorangegangenen Artikeln finden sich vielfältige Informationen und Einschätzungen zu den einzelnen Politikfeldern, die auf das Kommende vorbereiten und zur tieferen Befassung anregen. Ohne Frage profitieren besonders Deutschland und die EU allgemein von der transatlantischen Zusammenarbeit: die Herausforderungen unserer Zeit sind in keinem nationalen Alleingang zu bewältigen. Eine fruchtbare Partnerschaft basiert auf Respekt und eigenen Stärken. Hier ist die EU gefordert, sich stärker zu profilieren und gemeinsame Positionen deutlicher zu formulieren. Es wächst die Notwendigkeit, die eigene Politik in diesen Feldern auf mehr Eigenständigkeit – gerade als globaler Akteur EU – auszurichten.

Diese Herausforderungen verdeutlicht zu haben, ist der Verdienst dieses Sammelbandes und seiner Autorinnen und Autoren. Gerade die junge Generation in Außen- und Sicherheitspolitik – sei es in der Wissenschaft, der Politik oder in der Wirtschaft – muss und kann sich diesen Herausforderungen stellen. Denn sie werden sicher nicht 2029 am 20. Januar enden, wenn ein neuer Präsident oder eine Präsidentin die Regierung der USA, dem mit Abstand wichtigsten Partner der Europäischen Union, übernimmt.

Mein Dank gilt den Mitgliedern des Arbeitskreises Junge Außenpolitik, die sich dieser schwierigen und wichtigen Aufgabe gestellt und über Monate daran gearbeitet haben. Mögen die deutschen und europäischen Entscheider die richtigen Schlüsse daraus ziehen, damit wir in vier Jahren unseren Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Sicherheit gesichert haben und mit etwas mehr Gelassenheit auf die politischen Entwicklungen in der Welt und in den USA blicken können.

*Dr. Peter Fischer-Bollin,
Leiter Hauptabteilung Analyse und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

US-Präsident Donald Trump während der Unterzeichnung einer Executive Order im Oval Office des Weißen Hauses in Washington, D.C., am Montag, 10. Februar 2025.



Die Textsammlung ist im Rahmen der Dialogreise des Arbeitskreis Junge Außenpolitik im November 2024 nach den Wahlen entstanden. An der Reise haben folgende Mitglieder teilgenommen:

Yilmaz Akkoyun
Jan Fuhrmann
Dr. Markus Hildebrand
Dr. Jakob Kullik
Benedikt Meng
Katharina Nahrung
Dr. Alexandra Paulus
Anna-Lena Schmidt
Patrick Schünemann
Juliana Süß
Benjamin Thake
Philipp Tüngler
Dr. Verena Zell

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Kontakt:

Ferdinand Alexander Gehringer

Policy Advisor Innere Sicherheit und Cybersicherheit

Internationale Politik und Sicherheit, Analyse und Beratung

Klingelhöferstr. 23 | D-10785 Berlin

Tel. +49 (0) 30 269 96 3460

Mobil +49 (0) 151 65 26 13 91

ferdinand.gehringer@kas.de

Bildnachweise: Cover: Nipu, stock.adobe.com; S. 5: IMAGO/ABACAPRESS; S. 7: etienjones, PantherMedia; S. 14: IMAGO/Newscom World; S. 21: Hans-Joachim, PantherMedia; S. 27: IMAGO/Bihlmayerfotografie; S. 33: IMAGO/Newscom World,; S. 39: IMAGO/ZUMA Press Wire; S. 42: IMAGO/Newscom/AdMedia

Gestaltung und Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-287-5

Die zweite Amtszeit von Donald Trump bringt weitreichende Herausforderungen und neue Dynamiken mit sich, die die nationale und internationale Ordnungen grundlegend beeinflussen. Der Band beleuchtet bereits bestehende und voraussichtliche Auswirkungen und skizziert mögliche Veränderungen in zentralen Bereichen wie Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts-, Technologie- und Entwicklungspolitik für Europa und insbesondere Deutschland.

Trumps Politikstil, geprägt von transaktionalen Prinzipien, definiert das Verhältnis der USA zu Verbündeten und Gegnern neu und verfolgt veränderte geopolitische Prioritäten. Im Zentrum stehen dabei die Verschiebung der US-Ausrichtung hin zum Indopazifik und die Eskalation des Wettstreites mit China. Die Rolle der USA in globalen Krisenherden wie Israel, Taiwan und dem Nahen Osten bleibt bedeutend, während Lateinamerika und Afrika, aber auch Europa an Priorität verlieren.

In Europa wird Trumps „America First“-Politik zu Spannungen führen. Handelsbeziehungen werden durch Kritik an den Handelsüberschüssen der EU und Strafzölle auf europäische Produkte belastet. Im Bereich der Verteidigung verlangt Trump eine stärkere finanzielle Beteiligung europäischer NATO-Staaten.

Zudem gibt es Spannungen aufgrund unterschiedlicher Ansätze in der digitalen Souveränität und Datenschutzregelungen. Der Wettbewerb um die technologische Führerschaft und die geopolitischen Spannungen mit China werden zunehmen.

Es gibt jedoch auch einige Chancen zur verstärkten Zusammenarbeit. Dieser Band bietet eine umfassende Analyse der neuen politischen Realität und zeigt Handlungsoptionen für die deutsche Bundesregierung auf.